

Hilfswerke kritisieren einseitigen Nutzen des Rohstoffgeschäfts

«Fastenopfer» und «Brot für alle» betonen eine soziale Verantwortung beim Bergbau in Katanga

Kirchliche Entwicklungsorganisationen üben Kritik am Rohstoffabbau in Kongo-Kinshasa. Sie fordern eine gesetzliche Verpflichtung transnationaler Konzerne zu Transparenz und Beachtung von Menschenrechten.

C. W. · Bodenschätze machen arme Länder oft nicht reich; denn der Abbau kann zu ausbeuterischen Verhältnissen, Umweltschäden und gar zu innerstaatlichen Konflikten führen. Katanga, die südöstliche Provinz von Kongo-Kinshasa, ist ein altes Beispiel dafür. Die Organisationen «Brot für alle» (evangelisch) und «Fastenopfer» (katholisch) machen heutige Missstände in jener Region zum Thema ihrer jährlichen Fastenzeit-Kampagne. Sie konstatieren eine schweizerische Mitverantwortung, da der Rohstoffkonzern Glencore mit Holdingsitz in Baar drei Viertel der Katanga Mining Limited übernommen hat, die namentlich Kobalt und Kupfer fördert.

Prekäre Verhältnisse

Grundlage für eine kritische Beurteilung der Tätigkeit von Glencore und der Tochterfirma ist eine Auftragsstudie der Benchmarks Foundation, einer kirchlich verankerten südafrikanischen Organisation. Dem Unternehmen wird zum einen vorgeworfen, den kongolesischen Staat zu benachteiligen. Das Joint Venture mit dem Staatskonzern Gécamines verschaffe diesem nicht die Position, die ihm aufgrund der eingebrachten Werte zukäme, nämlich einen Anteil von etwa 50 statt 25 Prozent. An Steuern bezahlt Katanga Mining in Kongo nur 1 Million Dollar. Dies ist laut der Studie vermutlich mit überhöhten Transferpreisen innerhalb des Unternehmens zu erklären, das so die Steuervorteile seines Sitzes auf den Bermudas ausnütze. Aus dem zitierten Bericht geht allerdings hervor, dass für 2015 mit 343 Millionen Dollar Steuern gerechnet wird, was auf eine befristete Sonderregelung schliessen lassen könnte.

Ein zweiter Teil der Kritik betrifft die Arbeitsbedingungen im Bergbau. Die gewerkschaftliche Präsenz sei schwach. 30 Prozent der Arbeiter hätten keinen festen Vertrag. Über die Löhne wird nichts gesagt. Hervorgehoben werden indessen eine grosse Unfallgefahr und ein Mangel an Schutzvorkehrungen, auch etwa beim Umgang mit Uran. Unter besonders prekären und riskanten Bedingungen arbeiten die «handwerklichen» Mineure, unter ihnen auch Kinder. Sie verkaufen ihre Ausbeute Zwischenhändlern, die ihrerseits Katanga Mining beliefern. Da sie keine Konzessionen besitzen, verlieren sie ihre Arbeitsstätte, wenn das Unternehmen seine Schürfrechte selber wahrnimmt. Im letzten halben Jahr sollen rund 10 000 solche Bergleute von der Polizei vertrieben worden sein. Der Einsatz von Schusswaffen forderte mehrere Verletzte, vielleicht auch Tote. Die Hilfswerke sehen eine klare Verantwortung

von Katanga Mining dafür, die Situation der informellen Mineure zu verbessern. Als negative Folgen des Bergbaus in Kongo werden im Weiteren die Verschmutzung von Gewässern, die Erhöhung gesundheitlicher Risiken und die Beschädigung von Häusern infolge der Sprengungen beschrieben.

Die erklärten Grundsätze von Glencore und Katanga Mining zur sozialen Verantwortung des Unternehmens erscheinen den Hilfswerken aufgrund ihrer Untersuchung als wenig glaubwürdig. Die Initiative für Transparenz in der Rohstoffindustrie und Selbstverpflichtungen zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte habe Glencore nicht unterzeichnet.

Inpflichtnahme in der Schweiz

Einen Ansatz sehen «Brot für alle» und «Fastenopfer» in einer schweizerischen Gesetzgebung, die nach dem Vorbild der USA internationale Konzerne mit hiesigem Sitz verpflichtete, ihre Finanzergebnisse nach Ländern publik zu machen. Ebenso soll eine Sorgfaltspflicht der Unternehmensleitung festgehalten werden, die darin besteht, Massnahmen zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen, auch durch Tochterfirmen, zu ergreifen. Die beiden Entwicklungsorganisationen lancieren eine Petition mit diesen Forderungen. Damit sollen die Aussen- und die Wirtschaftspolitik einander besser entsprechen.